

02.04.2020

Kleine Anfrage 3477

der Abgeordneten Anja Butschkau und Regina Kopp-Herr SPD

Nimmt die Gleichstellungsministerin die Auswirkungen der Corona-Krise auf das Thema häusliche Gewalt auf die leichte Schulter?

Durch fehlende Kinderbetreuung, beengte Wohnverhältnisse und Zukunftsängste kann in der Corona-Krise bei vielen Familien auch das Stress-Level steigen, das sich leider auch in zunehmender häuslicher Gewalt niederschlagen kann. Die psychischen Auswirkungen der Corona-Krise und daraus entstehende zwischenmenschliche Schwierigkeiten dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Viele Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, Angst davor, ihre Familien nicht mehr ernähren zu können, Angst um ihre Zukunft. Das erzeugt Stress, der mitunter teilweise auch in Gewalt ausarten kann. Überwiegend fallen Frauen dieser Gewalt zum Opfer.

Bereits vor der Corona-Krise war die Platzsituation in den Frauenhäusern angespannt. Bei den zu erwartenden steigenden Fallzahlen wird es daher kaum Möglichkeiten geben, von Gewalt betroffene Frauen aus der häuslichen Umgebung zu holen.

Durch die eingeschränkten Möglichkeiten, reguläre Beratungsstellen aufzusuchen, sind telefonische und Online-Beratungsangebote für Frauen in Krisensituationen umso wichtiger. Diese Möglichkeiten müssen schnell und unbürokratisch ausgebaut und bekanntgemacht werden.

Alle Träger der Frauenhilfeinfrastruktur sind trotz Förderung des Landes und der Kommunen von der Akquise von Spenden abhängig, um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Diese Spenden-Akquise kommt aus naheliegenden Gründen zur Zeit bei vielen Trägern zum Erliegen. Damit stehen die Einrichtungsträger vor der Dreifachbelastung, den laufenden Betrieb weiterzufinanzieren, die Beratung auf die neue Situation umzustellen und die Kapazitäten zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle häuslicher Gewalt verzeichneten die Polizeipräsidien bzw. Kreispolizeibehörden in ihrem jeweiligen örtlichen Zuständigkeitsbereich im März 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat?

Datum des Originals: 02.04.2020/Ausgegeben: 08.04.2020

2. Hat die Landesregierung bereits konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet, um Plätze in Frauenhäusern bzw. Beratungsstellen auszubauen?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung im Rahmen der Corona-Krise bisher unternommen, um die Einrichtungen der Frauenhilfe in NRW bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen bzw. finanzielle Ausfälle zu kompensieren?
4. Welche konkreten Maßnahmen erwägt die Landesregierung umzusetzen, sofern die Zahlen häuslicher Gewalt weiter steigen?

Anja Butschkau
Regina Kopp-Herr